

Gedenktafel für die Opfer der NS-Militärjustiz am Sozialministerium

Utl.: Sozialminister Rauch unterstützt Projekt zur Aufarbeitung der
Geschichte der nationalsozialistischen Militärjustiz in Wien =

Wien (OTS) - Wien (OTS) - Am Regierungsgebäude am Stubenring 1 in
Wien erinnert heute nichts mehr an seine frühere Funktion als Zentrum
der Militärjustiz in Wien im Dritten Reich. Sozialminister Johannes
Rauch hat nun das Personenkomitee „Gerechtigkeit für die Opfer der
NS-Militärjustiz“ beauftragt, die Geschichte des Hauses
aufzuarbeiten. In den kommenden Monaten sind ein Symposium und die
Errichtung einer Gedenktafel am Haus geplant. ****

Das Regierungsgebäude am Stubenring 1 in Wien war zunächst als
Kriegsministerium der österreichisch-ungarischen Monarchie, danach
wurde es vom österreichischen Bundesheer genutzt. Ab 1938 wurde es
der zentrale Knotenpunkt im Netzwerk der nationalsozialistischen
Militärjustiz in Wien. Nach dem sogenannten „Anschluss“ wurde hier
die Eingliederung des Bundesheeres in die Wehrmacht organisiert. Das
Ziel: Das System musste funktionieren, bevor die Eroberungskriege der
NS-Diktatur begannen.

Heute sind in dem Gebäude das Bundesministerium für Arbeit und
Wirtschaft, das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft,
Regionen und Wasserwirtschaft sowie das Bundesministerium für
Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsument:innenschutz untergebracht.
Vor Ort erinnert nichts mehr an die Funktion des Gebäudes während des
Nationalsozialismus.

Geschichte sichtbar machen

Das Sozialministerium unterstützt deshalb ein Projekt, um die
NS-Geschichte des Hauses aufzuarbeiten. Ziel ist es, diesen Teil der
Geschichte des Gebäudes mit einer Gedenktafel sichtbar zu machen. Die
Gedenktafel soll formal mit dem Denkmal für die Verfolgten der
NS-Militärjustiz am Ballhausplatz korrespondieren. Begleitet wird die
Errichtung von einem halbtägigen Symposium, das die Rolle der
Militärjustiz im Deutschen Reich und speziell deren Wirken auf dem
Gebiet Österreichs thematisiert.

“Das Wissen um unsere Vergangenheit und unsere Verantwortung für

die schrecklichen Gräuelp der nationalsozialistischen Diktatur ist Voraussetzung für die Gestaltung unserer Zukunft", betont Sozialminister Johannes Rauch. „Toleranz zu fördern, Minderheiten zu schützen und uns Antisemitismus entschieden entgegenzustellen - das ist heute unsere Aufgabe.“

Umsetzung in den kommenden Monaten

Das Projekt soll in den kommenden Monaten in Kooperation mit der Burghauptmannschaft, unter deren Verwaltung das Regierungsgebäude steht, sowie mit dem Bundesdenkmalamt umgesetzt werden.

Das Personenkomitee „Gerechtigkeit für die Opfer der NS-Militärjustiz“ ist 2002 aus einem wissenschaftlichen Projekt hervorgegangen. Der Verein verbindet in seiner Arbeit breites zivilgesellschaftliches Engagement mit parlamentarischer Arbeit sowie mit medialer und kulturpolitischer Vermittlung. Zusätzlich engagiert sich das Komitee für die umfassende Rehabilitierung und Entschädigung der Wehrmachtsdeserteure, sogenannter „Wehrkraftzersetzer“ und Kriegsdienstverweigerer. Sozialminister Johannes Rauch unterstützt bereits das Personenkomitee bereits seit der Gründung.

~

Rückfragehinweis:

Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK)
pressesprecher@sozialministerium.at
sozialministerium.at

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/46/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0099 2022-11-29/11:12

291112 Nov 22

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20221129_OTS0099